

# Uni-Kanzler bestätigt Rettungskonzept, Land bleibt skeptisch

Dr. Oliver Grundei, Kanzler der Universität Lübeck, hat gestern das von den LN veröffentlichte geheime Rettungskonzept für den Medizinstudiengang bestätigt. Grundei sagte auf dem Kreisparteitag der FDP: „Das ist kein Hexenwerk.“

Mit weniger Studenten an beiden Uni-Standorten sei es möglich, auf die Einsparsummen zu kommen, die bislang die Lübecker Hochschule alleine aufbringen soll. Auch die öffentlich-rechtliche Stiftungsuniversität sei „keine Phantasterei“, sondern es gebe bundesweit gängige Modelle. Die hohe Mobilisierung der Menschen könne man für die Stiftungs-idee nutzen, so Grundei: „Viele Bürger schreiben uns E-Mails, dass sie 1000 oder 5000 Euro spenden wollen.“ Mit einer Kampagne werde

man auch bei der regionalen Wirtschaft Erfolg haben.

Dr. Cordelia Andreßen, Staatssekretärin im Kieler Wissenschaftsministerium, sagte auf dem Parteitag: „Eine Stiftungsuniversität ist möglich.“ Es sei aber unwahrscheinlich, dass es Lübeck gelinge, „auf die Schnelle die nötigen Beträge zu heben“. 84 Millionen Euro müssten mobilisiert werden.

Der FDP-Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende der Lübecker Liberalen, Gerrit Koch, hält das Modell dagegen für eine Lösung. Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) verweist darauf, dass das Land bei einer solchen Konstruktion nicht aus seiner Verantwortung entlassen werde. So müssten beispielsweise die Liegenschaften der Univer-

sität als Kapital eingebracht werden. „Auf jeden Fall muss noch vor der Sommerpause eine Entscheidung fallen“, so Saxe: „Die mögliche Reduktion der Medizin-Studienplätze an beiden Standorten sehe ich allerdings als bittere Pille.“

Die Studierenden würden das Modell der Stiftungsuni bejahen, so lange die Uni nicht privatisiert werde und die Qualität der Lehre erhalten bleibe, erklärt Asta-Vorsitzende Linda Krause. „Wenn durch eine Herabsetzung der verfügbaren Studienplätze an beiden Standorten die Medizin in Lübeck gerettet werden könnte, sehen wir diesen Plan auch positiv“, so Krause. Die Einführung von Studiengebühren lehnt der Asta klar ab. Die Vorsitzende: „Jungen Men-



Die frühere FDP-Chefin Michaela Blunk (M.) befragte auf dem FDP-Parteitag Staatssekretärin Dr. Cordelia Andreßen und Uni-Kanzler Oliver Grundei. Foto: ULF-KERSTEN NEELSEN

schen darf nicht aus finanziellen Gründen der Weg zu einem Studium verbaut werden.“ Zudem sei der Erlös daraus viel zu gering, um die Medizin retten zu können.

Peter Sünnewold, hoch-

schulpolitischer Sprecher der CDU, lobt die Universität für ihr „tolles Konzept“. Für die Landesregierung gebe es jetzt die Chance, zuzugreifen. Sünnewold: „Wenn sie das nicht tut, ist ihr nicht mehr zu

helfen.“ Die Rahmenbedingungen, um das Modell einer Stiftungsuniversität umzusetzen, seien in der Region sehr gut.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) schlage schon seit Jahren vor, die Universität in eine Stiftung zu überführen, sagt Sprecher Dr. Can Özren. Zum jetzt vorgelegten Modell hält sich Özren zurück: „Solange wir das Konzept im Detail nicht kennen, ist es schwierig, eine exakte Beurteilung der Vorschläge abzugeben.“

Staatssekretärin Andreßen sagte beim FDP-Parteitag, dass die Landesregierung vor der Sommerpause eine Lösung finden wolle. Kanzler Oliver Grundei schilderte die Folgen einer Schließung: „Dann suchen wir uns alle neue Arbeitsplätze.“ mho/dor